

Die besorgniserregenden Entwicklungen beim Europäischen Verteidigungsfonds

Nicolas-Jean Brehon - 09 Sep 2025

Der Europäische Verteidigungsfonds hat militärisches in den Haushalt der Union aufgenommen, mit dem Ziel, eine echte europaweite Verteidigungsindustrie aufzubauen. Zunächst sorgte er für neuen Schwung, doch mittlerweile gibt es einige Veränderungen: Rückgang bei Großprojekten, Zunahme kleinerer Programme und schrittweiser Rückzug einiger Mitgliedstaaten. Es findet eine diskrete industrielle Umstrukturierung statt, die von neuen, unerwarteten Akteuren vorangetrieben wird. Es ist besonders interessant zu sehen, welchen Platz diesem Punkt im neuen mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 eingeräumt wird.



[Neuigkeiten](#) | [Wahlen](#) | [Stiftung](#) | [Kommission](#) | [Rat der Europäischen Union](#) | [Diplomatie](#) |

[EZB](#) | [Europäische Agenturen](#) | [Deutschland](#) | [Frankreich](#) | [Italien](#) | [Litauen](#) |

[Polen](#) | [Armenien](#) | [Bosnien-Herzegowina](#) | [Republik Moldau](#) | [Norwegen](#) | [Großbritannien](#) |

[Ukraine](#) | [Berichte / Studien](#) | [Preis](#) | [Kultur](#) |

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

■ Neuigkeiten :



Trump, Europa und sein Schicksal: Erwachen oder Demütigung

"Die Europäische Kommission rühmt sich, angesichts der Diktate Trumps das Beste herausgeholt zu haben. Indem Europa eine einseitige Erhöhung der Zölle auf seine Produkte in den Vereinigten Staaten akzeptiert, zahlt es dem Imperium Tribut und gilt als der weiche Unterleib des Westens." Europa droht ein demütigender Niedergang, wenn es sich gegenüber Großmächten wie den Vereinigten Staaten nicht behauptet. Der von Mario Draghi vorgeschlagene Weg ist der einzig mögliche: Die Union muss gemeinsam wie ein Staat handeln, um ihre Unabhängigkeit zu verteidigen und wieder zu einer respektierten Macht zu werden. [Fortsetzung](#)

■ Wahlen :



Wird Andrej Babis, der in den Meinungsumfragen führt, nach den Parlamentswahlen am 3. und 4. Oktober in der Lage sein, eine Regierung in der Tschechischen Republik zu bilden?

Am 3. und 4. Oktober sind 8 Millionen Tschechen aufgerufen, an die Urnen zu gehen, um die 200 Mitglieder des Abgeordnetenhauses neu zu wählen. Für diese Wahl sind 25 Listen registriert, die geringste Anzahl seit 1998, was auf zahlreiche Wahlbündnisse zurückzuführen ist. Laut der letzten am 22. August veröffentlichten Umfrage würde die Partei Aktion Unzufriedener Bürger (ANO) mit 33 % der Stimmen an erster Stelle liegen. Es folgen die drei Parteien (ODS, KDU-CSL, TOP 09) der Koalition Spolu (Gehen wir es gemeinsam an) mit 22 %, Bürgermeister und Unabhängige (STAN) mit 12 % und die rechtsextreme Koalition unter Führung von Tomio Okamuras Partei Freiheit und direkte Demokratie (SPD) mit 10 %. [Fortsetzung](#)

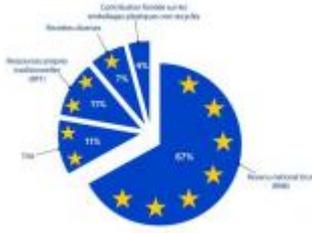
■ Stiftung :



"Auf dem Weg zu einem neuen Europa?" Der Schuman-Bericht 2025 ist erhältlich

Der "Schuman-Bericht 2025" ist im Buchhandel auf französischer Sprache und auf der Website der Stiftung in digitaler Form in französischer und englischer Sprache erhältlich. Es werden wichtige Themen behandelt, die die neue geopolitische Ära der Europäischen Union betreffen, wie beispielsweise die ökologische und digitale Souveränität, die Erweiterung oder die handelspolitischen Schutzinstrumente der Union. Dieses Nachschlagewerk enthält wie jedes Jahr hochkarätige Beiträge, bisher unveröffentlichte Karten sowie kommentierte statistische Studien. Bestellen Sie jetzt! [Fortsetzung](#)

■ Kommission :



Neue Vorschläge für den Haushalt 2028-2034

Am 3. September hat die Kommission neue Vorschläge angenommen, die den Rahmen für den nächsten EU-Haushalt für den Zeitraum 2028-2034 vervollständigen. Sie betreffen die Programme "Binnenmarkt und Zoll", "Justiz", Euratom für Forschung und Ausbildung, das Instrument für die Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit und der Stilllegung kerntechnischer Anlagen, das Programm zur Unterstützung der Stilllegung des Kernkraftwerks Ignalina in Litauen (Ignalina-Programm), den Beschluss über die Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete, einschließlich Grönlands, und das Programm Pericles V. Der nächste mehrjährige Finanzrahmen beläuft sich auf fast 2 000 Mrd. EUR (das entspricht 1,26 % des Bruttonationaleinkommens der Union). [Fortsetzung](#)



Zollabkommen mit den Vereinigten Staaten

Am 27. Juli trafen sich die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, und der Präsident der Vereinigten Staaten, Donald Trump, in Schottland, um ein Abkommen über Zölle in Höhe von 15 % zu unterzeichnen. Gleichzeitig erwartet die US-Regierung von europäischen Unternehmen Investitionen in Höhe von 600 Milliarden Dollar bis 2028. Am 21. August veröffentlichten die Europäische Union und die Vereinigten Staaten eine gemeinsame Erklärung, die das Abkommen vom 27. Juli bestätigt und dessen Inhalt präzisiert. Beide Seiten haben sich verpflichtet, auf die Wiederherstellung der Stabilität und Vorhersehbarkeit des Handels und der Investitionen hinzuarbeiten. Bestimmte strategische Sektoren in Europa sind jedoch von dem Satz von 15 % ausgenommen. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Abkommen mit dem Mercosur und Mexiko

Am 3. September hat die Europäische Kommission Vorschläge für Beschlüsse des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss zweier paralleler Rechtsinstrumente angenommen: das Partnerschaftsabkommen mit dem Mercosur (EMPA) und das modernisierte umfassende Abkommen mit Mexiko (MGA). Diese Abkommen sind ein wesentlicher Bestandteil der Strategie der Union zur Diversifizierung ihrer Handelsbeziehungen und zur Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu gleichgesinnten Partnern weltweit. [Fortsetzung](#)



Europa steigt in die Supercomputer-Liga auf

Am 5. September wurde der Supercomputer JUPITER offiziell zum ersten europäischen System, das die Exaflop-Schwelle erreicht hat, d. h. mehr als eine Billion Rechenoperationen pro Sekunde ausführt – eine Rechenleistung, die mit der Gesamtleistung von einer Million moderner Smartphones vergleichbar ist. Er wurde im Forschungszentrum Jülich in Deutschland eingeweiht. Mit diesem Fortschritt steigt Europa in die Weltliga der Hochleistungsrechner auf. Am Vortag weihte der französische Verteidigungsminister den neuen Verteidigungs-Supercomputer Asgard ein, der in der Festung Mont Valérien untergebracht ist und der Ministerialagentur für künstliche Intelligenz im Verteidigungsbereich (AMIAD) dient. Die Einweihung dieses Supercomputers ist ein wichtiger Meilenstein für Frankreich im Bereich der künstlichen Intelligenz. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Vollständige Anwendung der europäischen Verordnung über die Unabhängigkeit der Medien

Seit dem 8. August gelten die wichtigsten Bestimmungen des European Media Freedom Act (EMFA), der am 7. Mai 2024 in Kraft getreten ist, in der gesamten Europäischen Union. Der EMFA stärkt die Transparenz der Medienbesitzverhältnisse und der Vergabe staatlicher Werbung, die Unabhängigkeit der öffentlichen Medien und gewährleistet einen soliden Schutz von Journalisten und ihren Quellen. Seit Februar 2025 ist ein neuer unabhängiger Europäischer Ausschuss für Mediendienste tätig. Er setzt sich aus Vertretern der nationalen Medienbehörden oder -organisationen zusammen, und das Sekretariat wird von der Europäischen Kommission gestellt. [Fortsetzung - Andere Links](#)

Konsultation zum 28. Regime

Die Initiative "28. Regime – ein einheitliches und harmonisiertes Regelwerk für innovative Unternehmen in der Union" läuft bis zum 30. September. Diese öffentliche Konsultation der Europäischen Kommission richtet sich an die Bürger der Union und insbesondere an Vertreter von Unternehmens- oder Branchenverbänden, Unternehmer, Investoren, Juristen, Behörden der Mitgliedstaaten, Handelsregister, Gewerkschaften und Hochschulen. Ziel der Europäischen Kommission ist es, innovativen Unternehmen ein einheitliches Regelwerk an die Hand zu geben, das ihnen Investitionen und die Tätigkeit im Binnenmarkt erleichtert. [Fortsetzung](#)



Geldstrafe von fast 3 Milliarden Euro für Google

Am 5. September hat die Kommission eine Entscheidung erlassen, in der sie feststellt, dass Google gegen die europäischen Wettbewerbsregeln verstoßen hat, indem es seine marktbeherrschende Stellung in der Adtech-Branche (Display-Werbetechnologie) missbraucht hat. Es wurde eine Geldstrafe in Höhe von 2,95 Milliarden Euro verhängt. Hinzu kam eine Geldstrafe in Höhe von 325 Millionen Euro, die von der französischen Datenschutzbehörde CNIL wegen Nichteinhaltung der Vorschriften für Tracker (Cookies) verhängt wurde. Die Kommission gab bekannt, dass Google seine Online-Werbeflächen zum Nachteil seiner Konkurrenten, Online-Werbetreibenden und Publisher bevorzugt habe. Infolgedessen mussten Werbetreibende höhere Marketingkosten tragen, die sie wahrscheinlich an die europäischen Verbraucher weitergegeben haben. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Rat der Europäischen Union :



Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik

Am 3. September hat der Rat seinen Standpunkt zur Vereinfachung der Bestimmungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gebilligt. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft durch den Abbau von Verwaltungsaufwand, die Unterstützung der Landwirte und die Förderung von Innovationen zu steigern. Diese Vereinfachung könnte zu jährlichen Einsparungen von bis zu 1,6 Milliarden Euro für die Landwirte und mehr als 200 Millionen Euro für die Verwaltungen der Mitgliedstaaten führen. Der Vorschlag ist Teil des Pakets "Omnibus III", das von der Kommission am 14. Mai 2025 verabschiedet wurde, um die europäischen Rechtsvorschriften im Bereich der Landwirtschaft zu vereinfachen. [Fortsetzung](#)

■ Diplomatie :



Iranisches Atomprogramm: Paris, Berlin und London ermöglichen die Wiedereinführung von Sanktionen

Am 28. August haben Frankreich, Deutschland und Großbritannien bei der UNO ein Verfahren eingeleitet, um innerhalb von 30 Tagen die internationalen Wirtschaftssanktionen gegen den Iran wieder in Kraft zu setzen, als Reaktion auf die anhaltende Blockade der Verhandlungen über das Atomprogramm. Dieser im Wiener Abkommen von 2015 vorgesehene Mechanismus, der als "Snapback" bezeichnet wird, ermöglicht die automatische Wiedereinführung aller Sanktionen, falls Teheran seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. [Fortsetzung](#)



30. Gipfeltreffen mit Japan

Am 23. Juli fand in Tokio der 30. EU-Japan-Gipfel statt. In einer gemeinsamen Erklärung bekräftigten der japanische und die europäischen Staats- und Regierungschefs ihre Unterstützung für eine regelbasierte internationale Handelsordnung. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Handelsunruhen wollen sie die Umsetzung des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens (WPA) beschleunigen, das seit 2019 zwischen ihnen besteht. Sie haben eine Allianz für Wettbewerbsfähigkeit ins Leben gerufen, die auf drei Säulen basiert: Ausbau des bilateralen Handels, Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit, insbesondere durch Zusammenarbeit bei den Lieferketten für wichtige Rohstoffe, und Zusammenarbeit in den Bereichen Innovation sowie grüner und digitaler Wandel. Schließlich kündigten sie im Rahmen der Partnerschaft im Bereich Sicherheit und Verteidigung die Einrichtung eines industriellen Dialogs über Verteidigung an. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



25. Gipfeltreffen mit China

Am 24. Juli hielten die Europäische Union und China in Peking ihren 25. Gipfel ab, der den 50. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen markierte. Am Ende des Gipfels wurde eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die eine Verstärkung der bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Energiewende, Methanemissionskontrolle, Kohlenstoffmärkte und grüne Technologien vorsieht. Ein weiterer Fortschritt war die Schaffung eines Mechanismus, der europäischen Unternehmen den Zugang zu Seltenen Erden erleichtern soll, kritischen Mineralien, über die China ein Quasi-Monopol verfügt. Allerdings erhielt die Europäische Union keine sofortige Antwort auf das vorrangige Thema des 300 Milliarden Euro schweren Handelsdefizits gegenüber China. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ EZB :



Zinssätze unverändert

Am 24. Juli beschloss der EZB-Rat, die drei Leitzinsen der EZB unverändert zu lassen und mittelfristig eine Inflationsrate von 2 % beizubehalten. Angesichts der Handelsspannungen mit den Vereinigten Staaten behält sich die EZB Spielraum vor, um gegebenenfalls ihre Leitzinsen senken zu können, sollte die FED ihre Leitzinsen senken. [Fortsetzung](#)

■ Europäische Agenturen :



Start der Raketen Ariane 6 und Vega C

In diesem Sommer fanden im Raumfahrtzentrum Guayana zwei Missionen statt: VV27 und Ariane 6, zwei europäische Trägerraketen, die von Arianespace betrieben werden. Am 25. Juli brachte die Trägerrakete Vega-C zwei Satelliten in die Umlaufbahn: CO3D und MicroCarb, den ersten französischen Satelliten, der ausschließlich der Messung von Kohlendioxid in der Atmosphäre dient. Am 12. August brachte Ariane-6 den Wettersatelliten Metop-SGA1 in die Umlaufbahn, den ersten europäischen Satelliten der zweiten Generation in einer polaren Umlaufbahn. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Deutschland :



Deutschland stärkt und modernisiert seinen Militärdienst

Bei der Kabinettsitzung am 27. August hat die deutsche Regierung einen Gesetzentwurf verabschiedet, der die schrittweise Wiedereinführung der Wehrpflicht vorsieht. Ab 2026 erhalten alle 18-Jährigen ein Formular, in dem sie angeben müssen, ob sie Wehrdienst leisten möchten. Bundeskanzler Friedrich Merz hofft, jedes Jahr 30.000 neue Freiwillige zu gewinnen. Er fügte hinzu, dass er die Wehrpflicht in Deutschland wieder einführen werde, sollte dieses Ziel nicht erreicht werden. [Fortsetzung](#)

■ Frankreich :



25. Deutsch-Französischer Ministerrat

Am 29. August fand in Toulon der 25. Deutsch-Französische Ministerrat statt, dessen Ziel es war, den "deutsch-französischen Motor" wieder anzukurbeln. Zu diesem Zweck bekräftigten der französische Präsident Emmanuel Macron und der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz ihr Engagement für die Ukraine und ihren Willen, historische Meinungsverschiedenheiten in den Bereichen Energie, Handel, Raumfahrt und Verteidigung zu überwinden. Sie sprachen unter anderem über die Europäisierung des Fernsehsenders Arte und eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit. [Fortsetzung](#)



Einigung mit der Europäischen Kommission über Wasserkraft

Am 28. August gab der französische Premierminister François Bayrou bekannt, dass mit der Europäischen Kommission eine Einigung über die Regelung für Wasserkraftkonzessionen erzielt worden sei, wodurch ein mehr als zehnjähriger Rechtsstreit beendet wurde. Mit dem Übergang von einem Konzessionssystem zu einem Genehmigungssystem wurde der Konflikt beigelegt, sodass nun die Renovierung und neue Investitionen in den französischen Wasserkraftpark möglich sind. [Fortsetzung](#)

■ Italien :



"Europa muss seine Rolle als globaler Vorreiter zurückgewinnen"

Am 22. August hielt der ehemalige Präsident der EZB und des italienischen Ministerrats, Mario Draghi, in Rimini eine Rede zum Thema "Welcher Horizont für Europa?". Er stellte eine Liste der Schwächen der Europäischen Union nach der Unterzeichnung des Zollabkommens mit den Vereinigten Staaten auf: Akzeptanz der neuen amerikanischen Zölle, Unterstützung Chinas für die Kriegsanstrengungen Russlands, bisher marginale Rolle der Union in den Friedensverhandlungen in der Ukraine. Er ruft zu einem europäischen Aufbruch auf, d. h. zur Anpassung der Europäischen Union an die neue Weltordnung, was bedeutet, sich nicht auf den freien Handel zu verlassen, die politische Organisation zu ändern, um die Langsamkeit der Gemeinschaftsprozesse auszugleichen, und die Lieferketten der Union für kritische Rohstoffe zu sichern. Viele dieser Empfehlungen stützen sich auf seinen Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit, der am 9. September 2024 vorgelegt wurde. [Fortsetzung](#)

■ Litauen :



Inga Ruginiene zur neuen Ministerpräsidentin ernannt

Die litauischen Abgeordneten haben am 26. August die ehemalige Ministerin für soziale Sicherheit, Inga Ruginiene, offiziell zur Ministerpräsidentin ernannt. Diese Ernennung folgt auf den Rücktritt ihres Vorgängers, Gintautas Paluckas, gegen den wegen Finanzdelikten ermittelt wird. Die neue Premierministerin hat nun 15 Tage Zeit, um dem Parlament ihre Ministerliste und ihr Regierungsprogramm vorzulegen, bevor sie offiziell ihr Amt antritt. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Polen :



Amtseinführung von Präsident Karol Nawrocki

Am 6. August wurde der Sieger der polnischen Präsidentschaftswahlen aus der nationalistischen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), Karol Nawrocki, offiziell zum Präsidenten Polens ernannt. Er hat bereits angekündigt, dass er eine aktive Rolle spielen will, die weit über die rein symbolische Funktion hinausgeht. Er will verstärkt von seinem Recht auf Gesetzesinitiative Gebrauch machen, insbesondere in wirtschaftlichen Fragen, und schließt nicht aus, dass er häufig von seinem Vetorecht Gebrauch machen wird. Dieses hat er bereits genutzt, um einen Gesetzentwurf zur Verlängerung der Hilfen für ukrainische Flüchtlinge zu blockieren, und damit eine schwierige Zusammenarbeit mit der pro-europäischen Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk angekündigt. [Fortsetzung](#)

■ Armenien :



Ende des Konflikts zwischen Aserbaidschan und Armenien

Am 7. August unterzeichneten der aserbaidtschanische Präsident Ilham Alijew und der armenische Premierminister Nikol Paschinjan ein Abkommen, das das Ende des Konflikts besiegelt und die Wiederaufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern vorsieht. Gemäß dem abgeschlossenen Abkommen soll ein "Trumpf-Weg für internationalen Frieden und Wohlstand" oder "Tripp" geschaffen werden, der Aserbaidschan über den Sangesur-Korridor mit seiner Exklave Nachitschewan verbinden soll. Die Frage von Bergkarabach wird in dem Abkommen jedoch nicht angesprochen. Der armenische Regierungschef kündigte an, 2027 ein Verfassungsreferendum organisieren zu wollen und damit auf die territorialen Ansprüche Armeniens auf die Region zu verzichten. [Fortsetzung](#)

■ Bosnien-Herzegowina :



Verurteilung von Milorad Dodik

Am 6. August wurde der Präsident der Entität Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina, Milorad Dodik, nach einer Geldstrafe und einer sechsjährigen Sperre wegen Nichtbefolgung der Entscheidungen des internationalen Hohen Vertreters Christian Schmidt offiziell seines Amtes enthoben. Am 23. November werden vorgezogene Wahlen zur Wahl eines neuen Präsidenten der Republika Srpska stattfinden. Milorad Dodik, der von Serbien, Ungarn und Russland unterstützt wird, hat jedoch angekündigt, diese Entscheidung nicht zu akzeptieren, und die Durchführung eines Referendums am 25. Oktober genehmigen lassen, um die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen. [Fortsetzung](#)

■ Republik Moldau :



Gemeinsamer Besuch von Emmanuel Macron, Friedrich Merz und Donald Tusk

Am 27. August reisten die Staats- und Regierungschefs des Weimerer Dreiecks – der französische Präsident Emmanuel Macron, der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz und der polnische Ministerpräsident Donald Tusk – nach Chisinau, um ihre Unterstützung für Moldawien und dessen Präsidentin Maia Sandu angesichts der Einmischungsversuche Russlands zu bekräftigen. Dieser Besuch fand vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und des Machtkampfs zwischen der Europäischen Union und Moskau in der Region statt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Frage des Beitritts Moldawiens zur Europäischen Union sowie die Wahrung seiner Souveränität. [Fortsetzung](#)

■ Norwegen :



Abkommen zwischen Norwegen und Großbritannien

Am 4. September unterzeichneten der norwegische Verteidigungsminister Tore O. Sandvik und sein britischer Amtskollege John Healey ein Abkommen zur Stärkung der strategischen Partnerschaft zwischen beiden Ländern. Dieses Abkommen umfasst den Kauf von mindestens fünf britischen Fregatten des Typs T26 durch Norwegen für einen geschätzten Betrag von über 10 Milliarden Pfund. Ziel ist es, die Interoperabilität zwischen den beiden Marinen zu stärken, um eine gemeinsame Flotte zu schaffen, die Russland an der nördlichen Seegrenze der NATO besser entgegenwirken kann. Dieses Abkommen dürfte die Schaffung von mindestens 4.000 Arbeitsplätzen in Großbritannien ermöglichen, davon 2.000 in Schottland. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Großbritannien :



Umbildung der Regierung

Nach dem Rücktritt von Vizepremierministerin Angela Rayner hat der britische Premierminister Keir Starmer am 5. September seine Regierung umgebildet. Keir Starmer, der in den Umfragen Schwierigkeiten hat, ernannte unter anderem David Lammy zum Vizepremierminister und Justizminister, Yvette Cooper zur Außenministerin und Shabana Mahmood zur Innenministerin. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Ukraine :



"Koalition der Willigen": Diskussion über Sicherheitsgarantien für die Ukraine

Am 4. September leitete der französische Staatschef Emmanuel Macron gemeinsam mit dem britischen Premierminister Keir Starmer ein Treffen der "Koalition der Willigen", an dem 35 Staats- und Regierungschefs teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit bekräftigten sie ihre Bereitschaft, die von der Ukraine geforderten Sicherheitsgarantien zu geben, die eine Voraussetzung für jegliche Aussicht auf ein Friedensabkommen sind. Von den vertretenen Ländern erklärten sich 26 bereit, sich an einer Militärmission zu beteiligen, sobald ein Waffenstillstand erreicht ist. Nach einem Telefongespräch mit Donald Trump wurde ebenfalls vereinbart, dass die Vereinigten Staaten der Ukraine in Kürze ihre eigenen Garantien vorlegen und mit ihr ein neues Sanktionsregime gegen Russland koordinieren werden, sollte dieses weiterhin jede Verhandlungslösung ablehnen. [Fortsetzung](#)



Wolodymyr Selenskyj und die Europäer in den Vereinigten Staaten

Am 18. August empfing US-Präsident Donald Trump seinen ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj im Weißen Haus in Anwesenheit mehrerer europäischer Staats- und Regierungschefs, darunter der französische Präsident Emmanuel Macron, der finnische Präsident Alexander Stubb, die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, der britische Premierminister Keir Starmer, der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz, die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen und der Generalsekretär der NATO Mark Rutte. Ziel dieses Treffens war es, die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden in der Ukraine zu schaffen. Die europäischen Vertreter betonten die Notwendigkeit eines Waffenstillstands als Voraussetzung für Friedensverhandlungen mit Russland – eine Position, die Wladimir Putin bei seinem Treffen mit Donald Trump am 15. August in Alaska kategorisch abgelehnt hatte. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Neue finanzielle Hilfe aus Europa

Anlässlich des 34. Jahrestags der Unabhängigkeit der Ukraine am 24. August hat die Europäische Union ein starkes Signal der Unterstützung für das Land gesetzt und 4,05 Milliarden Euro bereitgestellt. Davon stammen 3,05 Milliarden Euro aus dem Instrument für die Ukraine und 1 Milliarde Euro aus der Makrofinanzhilfe (MFA). Seit Beginn der groß angelegten Invasion Russlands im Februar 2022 haben die Union und ihre Mitgliedstaaten 168,9 Milliarden Euro an humanitärer, finanzieller und militärischer Hilfe für die Ukraine und ihre Bevölkerung bereitgestellt. [Fortsetzung](#)



Besuch des NATO-Generalsekretärs

Am 22. August bekräftigte NATO-Generalsekretär Mark Rutte bei seinem Treffen mit Präsident Wolodymyr Selenskyj in der Ukraine die Unterstützung der Länder des transatlantischen Bündnisses für die Wahrung der Souveränität und Unabhängigkeit des Landes. Dies geschieht im Rahmen der Stärkung der Beziehungen zur Ukraine, insbesondere durch die PURL-Initiative, die es ermöglicht, in weniger als einem Monat Material im Wert von über 1,5 Milliarden Dollar zu liefern, und durch das NSATU-Kommandozentrum in Deutschland, das für die Planung, Koordinierung und Organisation der militärischen Hilfe (Waffen, Ausrüstung) und Ausbildung für die Ukraine zuständig ist. [Fortsetzung](#)

■ Berichte / Studien :



Die Verteidigungsausgaben erreichen einen noch nie dagewesenen Höchststand

Am 2. September veröffentlichte die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) ihren Jahresbericht über Verteidigungsdaten für 2024-2025, in dem die Verteidigungsausgaben der 27 Mitgliedstaaten detailliert aufgeführt sind. Im Jahr 2024 beliefen sich diese auf 343 Milliarden Euro. Dieser Anstieg ist größtenteils auf massive Anschaffungen von Ausrüstung und höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung zurückzuführen. Diese Situation spiegelt die Entschlossenheit der Mitgliedstaaten wieder, die militärischen Kapazitäten Europas als Reaktion auf das sich wandelnde Sicherheitsumfeld zu stärken. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Asylanträge im ersten Halbjahr 2025 um 23 % zurückgegangen

Am 8. September veröffentlichte die Asylagentur der Europäischen Union ihren Halbjahresbericht über die Trends bei Asylanträgen in Europa. Demnach gingen in den ersten sechs Monaten des Jahres 2025 bei den Mitgliedstaaten 399 000 Asylanträge ein, was einem Rückgang von 23 % gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2024 entspricht. Der Bericht enthält auch eine Analyse der wichtigsten Nationalitäten der Antragsteller und der am stärksten betroffenen europäischen Länder. [Fortsetzung](#)



Jahresbericht der WTO

Am 7. August veröffentlichte die WTO ihren Jahresbericht, der die wichtigsten Ereignisse des Jahres zusammenfasst. Es werden mehrere Themen behandelt, darunter die 13. Ministerkonferenz der WTO, auf der die Mitglieder ihr Engagement für eine zukunftsorientierte Reformagenda der Organisation bekräftigten, der Abschluss der Verhandlungen über das plurilaterale Abkommen zur Erleichterung von Investitionen für Entwicklung und die Initiative "Aid for Trade". Im Zusammenhang mit dem von US-Präsident Donald Trump ausgelösten Handelskrieg warnt die Generaldirektorin der WTO, Ngozi Okonjo-Iweala: "Während das Handelsvolumen mit Waren und Dienstleistungen im Jahr 2024 um 2,9 % bzw. 6,8 % gestiegen ist [...], sehen die Aussichten für 2025 ganz anders aus." [Fortsetzung](#)

■ Preis :



Bewerben Sie sich für den Europäischen Preis für "Bürgersinn, Sicherheit und Verteidigung"

Für den Europäischen Preis für "Bürgersinn, Sicherheit und Verteidigung", mit dem besonders herausragende Maßnahmen zur Förderung des europäischen Bürgerengagements sowie des "europäischen Sicherheits- und Verteidigungsbewusstseins" ausgezeichnet werden, kann sich bis zum 26. September beworben werden. Der Wettbewerb steht allen Bürgern der Mitgliedsländer des Europarates offen, die sich für die europäischen Werte, die Förderung einer solideren BITD in Europa und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Union gegenüber Bedrohungen einsetzen möchten. Die Bewerbungsunterlagen, die in englischer oder französischer Sprache verfasst sein müssen, können im Anhang Presseartikel, Fotos, Filme oder andere Medien enthalten, die die durchgeführte(n) Maßnahme(n) hervorheben. [Fortsetzung](#)

■ Kultur :



Berlin Art week

Vom 10. bis 14. September findet die Berlin Art Week statt. Fünf Tage lang steht Berlin ganz im Zeichen der zeitgenössischen Kunst, mit einem Netzwerk aus über hundert Museen, Ausstellungen, Galerien und Sammlungen. Auf dem Programm stehen Ausstellungen mehrerer öffentlicher und privater Sammlungen, Begegnungen mit Künstlern und Führungen. [Fortsetzung](#)



Kunstaussstellungen Safari in Bukarest

Bis zum 14. Dezember bietet die neue Ausgabe von Art Safari in Bukarest mehrere abwechslungsreiche Kunstaussstellungen. Zu den Höhepunkten zählen die Ausstellung "Paris Pallady" mit über 70 Werken von Theodor Pallady und Stücken von Henri Matisse in Zusammenarbeit mit Pariser Museen sowie "Enescu si Minotaurul", die an den 70. Todestag des Komponisten George Enescu erinnert. [Fortsetzung](#)



Olga Boznańska in Warschau

Bis zum 5. Juli 2026 widmet das Nationalmuseum in Warschau anlässlich des 160. Geburtstags und des 85. Todestags von Olga Boznańska (1865–1940) dieser bedeutenden Persönlichkeit der europäischen Malerei eine Sonderausstellung. Zu sehen sind fast dreißig bedeutende Werke der Künstlerin aus den Sammlungen des Museums. [Fortsetzung](#)



Musée Jacquemart-André

Georges de la Tour in Paris

Bis zum 25. Januar 2026 zeigt das Musée Jacquemart-André in Paris mehr als 30 Meisterwerke von Georges de la Tour. Der vor allem für seine intimen Szenen und sein intensives Hell-Dunkel bekannte Maler ist Gegenstand der ersten französischen Retrospektive seit 1997, die diesem französischen Maler des 17. Jahrhunderts gewidmet ist. [Fortsetzung](#)

THE NATIONAL GALLERY

Neoimpressionismus in London

Bis zum 8. Februar 2026 zeigt die National Gallery in London die Ausstellung "Radical Harmony" mit Werken aus der Privatsammlung von Helene Kröller-Müller, der ersten Mäzenin des 20. Jahrhunderts. Zu ihrer Sammlung neoimpressionistischer Künstler gehören Gemälde von Seurat, Van Gogh, Signac und Pissarro. Diese Werke, die mit dem Ziel gesammelt wurden, sie allen zugänglich zu machen, wurden vom Kröller-Müller-Museum ausgeliehen, das sie selbst in den Niederlanden gegründet hat. [Fortsetzung](#)

MUSEO NACIONAL DEL PRADO

Antonio Muñoz Degrain in Madrid

Bis zum 11. Januar 2026 zeigt das Prado-Museum in Madrid eine Ausstellung, die dem spanischen Maler Antonio Muñoz Degrain aus dem 19. Jahrhundert gewidmet ist. Zu sehen sind ein Dutzend Gemälde, darunter fünf kürzlich restaurierte Werke. Sie zeigen die thematische Vielfalt, die technische Meisterschaft und die ästhetische Vision des valencianischen Malers. [Fortsetzung](#)

■ Agenda :

 08-11/09/2025

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (Straßburg)

 10-11/09/2025

EZB-Rat (Frankfurt am Main)



Der Buchstabe n°1122

PDF

auf Deutsch -- Ausgabe von Dienstag 9. September 2025

 **Ich lade
runter**

Der Brief ist auch in den folgenden Sprachen verfügbar:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Helen Levy ;

Catherine d'Angelo, Clément Ramey,

Maria Skowronska, Jean Pedurthe

N° ISSN: **2729-6482**

Eine Frage, eine Anregung?

Kontaktiere uns!

info@robert-schuman.eu

Chefredakteur :

Juliette Bachschmidt

Publikationschef :

Pascale Joannin

[Klicken Sie hier, wenn diese E-Mail nicht korrekt angezeigt wird.](#)

**FONDATION ROBERT
SCHUMAN**

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}